

An die
Medien

Dortmund

13.12.05

Pressemitteilung

Schulpolitik des Landes weist in die falsche Richtung: Dortmund braucht Bildung statt Ausgrenzung

Der Entwurf des Schulgesetzes der schwarz-gelben Landesregierung stellt nach Auffassung der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Weichen der Schulpolitik in NRW an verschiedenen Punkten in die falsche Richtung.

Wie die in den vergangenen Wochen bereits diskutierte Aufhebung der Grundschulbezirke wird auch die verbindliche Bildungsempfehlung der Grundschulen im Ergebnis dazu führen, dass Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und hier insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien weniger als in der Vergangenheit den Sprung ins Gymnasium schaffen.

Einerseits kommt eine die Entscheidung über den künftigen Bildungsweg nach der vierten Klasse nach Ansicht von Bildungsforschern viel zu früh, weil sie spätere Entwicklungspotentiale von Kindern nicht berücksichtigt.

Andererseits werden gerade Eltern aus bildungsfernen Elternhäusern viel weniger in der Lage sein, ihre Einflussmöglichkeiten auf die weitere Ausbildung ihrer Kinder wahrzunehmen, weil sie für sich weniger die Möglichkeit sehen, der Bildungsempfehlung der Grundschule zu widersprechen und ihr Kind auf die Anforderungen einer verbindlichen Eingangsprüfung an der weiterführenden Schule vorzubereiten. Damit werden die Gymnasien als höchster Bildungsgang des gegliederten Schulwesens weiter abgeschottet, indem die Eingangshürde erhöht wird.

Dazu **Daniela Schneckenburger, Fraktionssprecherin Bündnis 90/ DIE GRÜNEN:**
„Der Entwurf des Schulgesetzes der CDU spricht allen Versuchen Hohn, das Bildungsgefälle in Dortmund ab- statt aufzubauen. Wir brauchen eine verbesserte Ausbildung aller Kinder und eine höhere Übergangsquote zu qualifizierten Bildungsabschlüssen, wenn wir den Strukturwandel bewältigen wollen. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass in NRW ein Kind aus einer Akademikerfamilie mit viermal so hoher Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium besuchen kann wie ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie – bei gleicher Schulleistung. Das Bildungsgefälle in Dortmund wird weiter wachsen, die soziale Entmischung der Grundschulen durch die Auflösung der Schulbezirke wird hier ein Übriges tun. Das ist schulpolitisch der direkte Weg zurück in die siebziger Jahre und eine Entmündigung von Eltern bei der Wahl der Schulform ihrer Kinder.“

Bündnis90/ DIE GRÜNEN werden diese verfehlten Weichenstellungen in der Schulpolitik entschieden bekämpfen und einen breiten Dialog über die Schulpolitik der Landesregierung organisieren. Ihre Landtagsfraktion werden die GRÜNEN in Dortmund bitten zu prüfen, ob die Aushebelung des Elternrechtes bei der Wahl der Schulform rechtlichen Bestand haben kann.